

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wochenlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 RM;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Einfach-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 48.

Berlin, Sonnabend, 1. Juni 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Durch Einheit zur Kraft. — XVI. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). — Bund vaterländischer Arbeitervereine. — Die Presse und der Verbandstag. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksrats-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Durch Einheit zur Kraft.

Helle Freude geht durch die Reihen der deutschen Gewerksvereine über den ausgezeichneten Verlauf des 16. Verbandstages. Der Verbandstag hat in aller Klarheit vor der breiten Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß in den Deutschen Gewerksvereinen volle Einheit besteht. Die vorher in die Erstgenennung getretenen Meinungsverschiedenheiten trafen absolut nicht die prinzipielle Stellung der Gewerksvereine. Uneinigkeit bestand nur in der Beurteilung der taktischen Fragen und nun hat auch hierin der Verbandstag zweifelsfreie Klarheit geschaffen. Auf dem Verbandstage sind die Feinde um die taktischen Fragen mit scharfer Klinge ausgesprochen worden und gerade hierbei zeigte es sich, daß eine tiefgehende sachliche Meinungsverschiedenheit nirgendwo bestand, daß vielmehr die Jungen wie die Alten dasselbe wollten! Der Verbandstag hat durch den Ausdrück der taktischen Feinde die Jungen weiser und die Alten jugendfroher gemacht. Auf dieser Ebene wird hinfür in voller Einheit bei flotterem Tempo vorwärts marschieren. Diese Tatsache wird die Herzen aller Gewerksvereiner mit neuer Lebensfreude erfüllen. Nun wir einig sind, da kann es nicht mehr fehlen. Alle Kräfte werden von neuem angespannt, um unsere Sache erfolgreich vorwärts zu bringen.

Keinen Zweifel hat der Verbandstag darüber gelassen, daß die Gewerksvereine ihre Freiheit und Unabhängigkeit aufrecht erhalten wollen. Mit aller Deutlichkeit auch hat er festgestellt, daß die Gewerksvereine keinerlei Gemeinschaft haben mit der Verfolgung utopischer Ziele. Auf nationalem Boden stehen die Gewerksvereine, um im Kampfe für die Arbeiterfrage auch dem Volke und dem Vaterlande zu dienen. Jeder einzelne Gewerksvereiner soll auch im politischen wie im kommunalen Leben seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen. Das ist eine klare Stellung, die keine Zweifel aufkommen läßt über die Richtung der Gewerksvereine.

Feinde und Feindschaft gelten hinfür allen rücksichtslosen Bestrebungen, mögen sie nun ausgehen von den Scharmachern links oder rechts von uns.

Gerade ist der Weg, auf dem die Gewerksvereine marschieren!

Jede Unzulässigkeit, mag sie nun parteipolitisch oder religiöser Natur sein, ruft uns zum Kampfe auf die Schanzen!

Das innere Leben eines Menschen darf nicht brutalisiert werden!

Unzulässigkeit und Terrorismus sind unveröhnliche Feinde der geistigen Freiheit und des Fortschritts!

Der Verbandstag hat den Boden von neuem gefestigt, auf dem die deutsche Arbeiterschaft zusammenkommen wird, wenn sie frei und stark genug geworden ist, sich unabhängig zu machen von jeder Bevormundung. Groß und mächtig wird die deutsche Arbeiterbewegung dann sein und ihrem Siegestrauf wird kein Einhalt mehr getan werden können.

Der Verbandstag rief die Schale zu Hülfe, um durch ein festgelegtes Maß von allgemeiner

Bildung und Wehrung beruflicher Tüchtigkeit den Geist der Arbeiter frei zu machen von dem Druck, den die verführerische Kunst der Demagogie auf ihn ausübt!

Zu Aufstiege der Menschheit ist die Arbeiterschaft wohl der wichtigste Kulturträger. Wenn es da gelingt, die Arbeiter zu erfüllen mit einem vollen Maß des Vertrauens zum eigenen Können und ihre Herzen emporzuheben zu aufrichtiger Begeisterung für jede Arbeit, die gleichzeitig auch der Einheit und Größe des Vaterlandes dient, dann hat die Demagogie ausgespielt.

Die Arbeiterschaft muß die in ihre Reihen getragene Spaltungen überwinden. Ihr Schade ist es, wenn sie ihre Kraft selbst zertrümmert durch rote, schwarze oder gelbe Heerlager, die miteinander schmählichen Krieg führen und im Bruderkampfe sich ohnmächtig machen. Das Banner der deutschen Arbeiterbewegung muß die gereinigten Farben der deutschen Flagge schwarz-weiß-rot tragen. Als eine nationale Arbeiterbewegung kann indes nicht diejenige angesehen werden, die den Streikbruch zu ihrem Geheiß erbot. Das ist kein nationaler Bund, sondern vielmehr nur ein Ausbund des Rücktritts.

Die Deutschen Gewerksvereine aber sind wahrhaft national, weil sie nicht Selbstzweck sein wollen, sondern das Mittel zu dem Zweck, die Arbeiterschaft stark zu machen gegen die Willkür eines in sozialen Dingen noch rückständigen Unternehmertums, damit auch die Arbeiterschaft emporkomme zu geistiger Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand und jeder Arbeiter ein freier Bürger sein kann.

Das ist das vom Verbandstage gesteckte Ziel. Und nun kampfesroh vorwärts, dem Ziel entgegen! K. G.

XVI. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).

IV.

Die Beratung des Programms, das wir bereits zum Ausdruck brachten, war eine sehr lebhaft. Alle Redner gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Gewerksvereine partei- und kirchenpolitisch unabhängig bleiben müßten. Aber auch darin bestand Uebereinstimmung, daß die Gewerksvereiner als Einzelpersonen die Verpflichtung hätten, an dem politischen Leben teilzunehmen und ihre Staatsbürgerpflichten als Wähler zu erfüllen. Von einer Seite war die Schaffung politischer Bildungsvereine angeregt. Wenn einzelne Gewerksvereiner das tun wollten, so sei dagegen nichts einzuwenden. Der Vorsitzende des Verbandstages, Hartmann, erklärte, daß weder durch den Verband noch durch die Gewerksvereine, Ortsverbände oder Ortsvereine politische Bildungsvereine ins Leben gerufen werden dürften. Die politische Unabhängigkeit der Organisation müsse unter allen Umständen in voller Reinheit aufrecht erhalten werden. Wenn die Gewerksvereiner aber erfolgreich wirken wollten für ihre Forderungen, dann sollten sie in die ihren Anschauungen entsprechenden politischen Wahlvereine eintreten. Die bürgerlichen Parteien würden, soweit sie völkervernünftig sind, nicht anders tun als auch Arbeiter in die Parlamente entsenden. Die einmütige Annahme sowohl des Programms wie auch der Neutralitätsklärung gegen den Verbandstag vollkommen einig war.

Der Zentralrat wurde reorganisiert. Jeder Gewerksverein soll einen Delegierten in den Zentralrat entsenden. Gewerksvereine mit 10000 Mitgliedern senden für jedes weitere bzw. angefangene Zehntausend noch einen Delegierten. An die Stelle

des Bureau tritt ein geschäftsführender Ausschuss. Derselbe wird zusammengesetzt aus den Verbandsbeamten: Vorsitzenden Karl Goldschmidt, Redakteur Lemm, Verbandskassierer R. Klein und die Verbandssekretäre Reufedt und Erkeling. Die Leitung des Verbandes und des geschäftsführenden Ausschusses liegt dem bisherigen Verbandsredakteur Abg. Karl Goldschmidt ob. In der Verbandsagitation soll ein lebhafterer Tempo zur Geltung kommen. Im Saargebiet soll ein besonderer Verbandsbeamter für die Agitation angestellt werden. Gefördert werden soll die Erziehung von öffentlichen Kunststellen und Arbeitersekretariaten. Der Streit um die Ausbreitungsverbände fand ebenfalls eine befriedigende Lösung. Diese Verbände können auch in Zukunft bestehen bleiben. Der ihnen bisher gewährte Zuschuß aus der Verbandskasse soll aber vom 31. Dezember 1907 ab in Fortfall kommen. Der Verbandstag sprach sich im Prinzip für die Errichtung einer Pensionskasse zur Versicherung der Angestellten der Gewerksvereine und des Verbandes aus. Die Kasse soll ins Leben treten, wenn mindestens Dreiviertel der betreffenden Beamten der Kasse beitreten. Innerhalb sechs Monaten sollen die Vorarbeiten für die Kasse erledigt sein. In Kraft treten soll sie dann, wenn sie die Anerkennung des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung gefunden hat. Ein heiserer Kampf entspann sich um die Wahl des Ortes für den nächsten Verbandstag. Schließlich mußte eine Stichwahl zwischen Berlin und Gleiwitz vorgenommen werden, bei der auf Gleiwitz 20 und auf Berlin 23 Stimmen entfielen. Auch der nächste Verbandstag findet mithin in Berlin statt. Dem Bureau des Verbandes wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen für die unparteiische Geschäftsführung und den amnestischen Pressevertretern für die objektive Berichterstattung. Auch den beiden schwedischen Delegierten Dahlborg und Geber wurde Dank ausgesprochen für die Teilnahme an dem Verbandstage. Der Vorsitzende des schwedischen Gewerksvereinsbundes, Axel Geber, sprach dem Verbandstag seinen Dank aus für die Belehrungen, die in Schweden gleichfalls nutzbar gemacht werden sollen. Die schwedischen Gewerksvereine ständen vollkommen auf dem Boden der Deutschen Gewerksvereine. Auch sie wollten sich weder der Sozialdemokratie verschreiben, noch der Reaktion dienen, sondern mit aller Energie arbeiten, um die Arbeiterschaft ökonomisch, kulturell und intellektuell auf das Niveau der anderen Gesellschaftsklassen empor zu heben. Die von Redakteur Dahlborg-Stockholm überreichte schwedische Rede fand großen Beifall. In einer überaus wirksamen Rede gibt der Vorsitzende Hartmann der scharfen Erwartung Ausdruck, daß es der neuen Verbandsleitung gelingen werde, die Bewegung der Gewerksvereine lebhafter und erfolgreicher zu gestalten. Voraussetzung sei allerdings, daß die auf dem Verbandstage erstreuten Beschlüsse hervorgehobene Einheit anhalte und alle Glieder des Verbandes mit neuer Kraft und Freude an seinem Werke eintreffe. Darauf wurde der 16. Verbandstag mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine geschlossen.

Bund vaterländischer Arbeitervereine.

Unter diesem hochklingenden Namen hat man Pfingsten in Hamburg die bis dahin noch unverbunden gebliebenen gelben Gewerkschaften, die sich auch wohl „nationale Arbeitervereine“ nennen, zu einem Ganzen zusammengefaßt. Die Art und Weise, wie dieser Zusammenschluß erfolgte, veranlassen mich, näher darauf einzugehen. Das wird auch zweckmäßig sein, nachdem der „Vorwärts“ und die übrige sozialdemokratische Presse mein Auftreten auf dem Hamburger Kongress zu einem Angriff auf mich und die Gewerksvereine be-

sind die bezeichneten Unterfützungen in der Hand ihrer Empfänger Feuerföndig, wenn sich der Verband zu ihrer Verabreichung rechtsgültig verbindlich gemacht hat, den Empfängern also ein klagbares Recht auf jene Unterfützungen zusteht. Zeißt diese Voraussetzung nicht zu, so sind die gezahlten Unterfützungsbeträge kein Bestandteil des steuerpflichtigen Einkommens der Empfänger, sondern gehören zu den in § 15 Ziffer 2 des Einkommensteuergesetzes erwähnten außerordentlichen Einnahmen. Da Streitunterfützungen in der Regel nicht einlagbar sind, werden sie wie alle anderen Unterfützungen, für die ein Anrecht auf dem Klagenwege nicht geltend gemacht werden kann, als Steuerfrei betrachtet werden müssen.

Zur Verbesserung englischer und deutscher Schriftsteller. Seit dem 27. Mai d. J. sind 42 einflussreiche Vertreter der englischen Zeitungs- und literarischen Welt in London, um den deutschen Zeitungsredakteuren, welche im vorigen Jahre England besuchten, ihren Gebührenden abzufragen. Die Besorger der deutschen Städte Bremen, Hamburg, Berlin, Dresden, München, Frankfurt a. M. und Köln stellten sich mit den staatlichen und kommunalen Behörden, um die englischen Gäste würdig zu empfangen und ihre freundschaftlichen Bestimmungen zu dem englischen Volke deutlich zu bekunden.

In erster Linie werden gewiß alle deutschen Publizisten in diesen Tagen sich ihres hohen Rufes bewußt bleiben, durch die Zeitungen mit ihren Mitmenschen in Berührung treten, ihnen geistige Anregung und sittliche Erleuchtung bieten und die Wohlthat der weitesten Kreise mit fördern zu können. Auch das bescheidende Lokalblatt kann schon durch wahrhafte unparteiische Berichterstattung und gerechte Beurteilung von Tatsachen, Beschaffenheit und öffentlichen Einrichtungen sich um seine Vaterwelt verdient machen und richtige Auffassung und Würdigung von Menschen und Dingen weithin verbreiten helfen. Einzelne und fremde Leser erkennen aus den Zeitungen der verschiedenen Orte sehr bald auch die daselbst herrschenden Anschauungen und Sitten und den Kulturzustand der betreffenden Bevölkerung. Jeder Publizist sollte sich daher auch für alles, was er schreibt, verantwortlich fühlen und überall für Wahrheit und Recht, für Menschen- und Bllkerwohl und gegen jede Verletzung der verschiedenen Nationen und Volksklassen einsetzen aufzutreten.

Die Junge ist ein kleines Uebel, und richtet große Dinge an. Die Junge kann kein Mensch zähmen, das unruhige Uebel, voll tödlichen Giftes. Was die Bibel von der Sprache der Junge sagt, das gilt noch viel mehr von dem geschriebenen und gedruckten Wort, das viel weiter über Länder und Meere reicht und viel rascher den Samen der Verleumdung und Zwietracht unter den Völkern ausstreuen kann. Aber die Wunden, welche die Jungen verschiedener Parlamentarier und die Federunterstützter Redakteure schon geschlagen haben, lassen sich Gott sei Dank durch dieselben Mittel der Sprache und der Feder auch wieder heilen, und die Wahrheit und Liebe sind doch mächtiger als die Eile und der Haß. Seit dem vorjährigen Besuche der deutschen Journalisten und der deutschen Städtevertreter in England ist schon ein sichtbarer Umschwung in der öffentlichen Meinung und eine friedlichere Stimmung in England und Deutschland bemerkbar. Es war gerade vor einem Jahre — Mitte Mai 1906 —, als der freihändlerisch und friedlich gesinnte englische Premierminister seine Freude über die Anwesenheit der Vertreter der deutschen städtischen Behörden in London öffentlich ausdrückte und erklärte: „Wir bereiten allen Besuchern dieser Art einen guten Empfang, denn sie dienen zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den befreundeten Ländern.“ So halten es auch die deutschen Städte und das ganze deutsche Volk, indem sie die englischen Redakteure im gleichen Sinne herzlich willkommen heißen.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Bäder in Berlin ist zur Latzade geworden. Am Dienstagabend beschloß eine zahlreich besuchte Versammlung die Arbeit überall dort einzustellen, wo die eingereichten Forderungen nicht bewilligt werden. Die Forderungen sind: Abschaffung von Loß und Logis im Hause des Meisters, 23 Mk. Wundstochengeld, paritätischer Arbeitsnachweis und ein Rabat in jeder Woche. — Ebenso ist plötzlich in Regensburg ein Streik der Bäder ausgebrochen, am dem über 200 Stellen beteiligt sind. — Im Berliner Baugewerbe dauert der Kampf ununterbrochen fort. Es ist anzunehmen, daß er in nächster Zeit an Ausdehnung noch zunehmen wird, da die Estraklauer, Marmorarbeiter und andere Gruppen sich weigern, ihnen etwa angebotene Streikrufer anzuerkennen, sie selbst aber ohne Hilfe von Rufern ihre eigenen Arbeiten nicht fortsetzen können. — Auch im Seemannsstreit ist bisher noch keine Änderung eingetreten. Die Hamburger Reederei haben es auch abgelehnt, mit einer aus achtzehn Seeleuten bestehenden Kommission zu verhandeln. — Die infolge des Aus-

bruchs der Drahtweber erfolgte Ausperrung der Metallarbeiter in Saalfeld dauert ununterbrochen fort. — Im Raingebiet hat die Ausperrung der Metallarbeiter im Laufe der Woche an Umfang noch zugenommen. Sie erstreckt sich zurzeit über Frankfurt, Darmstadt, Offenbach, Höchst und Homburg. Die eingeleiteten Einigungsverhandlungen haben keinen Erfolg gehabt. — Der Streit der Maler in München ist trotz gegenteiliger Gerüchte in der Presse noch nicht beendet. — Ein Streit der Maurer besteht schon seit mehreren Wochen. Schon vor wochen den streikenden Parteien ein Vergleich zustande gekommen, der den Arbeitern eine, wenn auch nur geringe Lohnaufbesserung verschaffte. Daraufhin verlangten die Unternehmer vom Magistrat ebenfalls eine Erhöhung ihrer Löhne, wurden jedoch abgewiesen. Als Folge zogen sie darauf die gemachten Zugeständnisse zurück, so daß der Kampf weitergeht. — Wegen Ablehnung einer Lohnerhöhung haben die Arbeiter der Desfabrik von Herz in Wittenberge die Arbeit niedergelegt. — Wegen Mahregelung einiger Arbeiter anlässlich des letzten Streiks ist es auf den Braunkohlengruben und Bricketfabriken Willi und Emanuel in Loßwitz erneut zu ernstlichen Differenzen gekommen. — Die Tarifbewegung der Zuschneider der Herren- und Knabenkonfektion in Berlin ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Jedoch wurde bereits eine Einigung erzielt über die Lohnsätze, die Arbeitszeit und die Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, die auch von der Versammlung der Zuschneider anerkannt wurden. Ueber die noch strittigen Punkte, Kontrollblätter und Schlichtungskommission, wird noch weiter verhandelt werden. — Auf den Lothringischen Erzgruben greift die Bewegung der Bergleute immer weiter um sich. Auf zwei weiteren Gruben ist die Mehrzahl der Belegschaft nicht eingetreten.

In Arco und Riva, den bekannten Kurorten am Gardasee (Norditalien), ist ein Streik der Bäckergehilfen ausgebrochen, der bereits einen fühlbaren Brotmangel zur Folge hatte. — Der Ausstand der weißen Arbeiter auf den Randminen Transvaals greift immer weiter um sich und hat immer mehr eine politische Färbung angenommen. Die Rassenfrage ist dadurch brennend geworden. In einer letzten in Johannesburg abgehaltenen riesigen Demonstrationssammlung wurden neben der Forderung, daß kein gelernter Arbeiter mehr als zwei Bohrmaschinen bedienen soll, Klagen erhoben wegen der schlechten Ventilation, über fortwährende Lohnabzüge und grausame Arbeitsbedingungen. Die Situation ist überaus ernst. — In Marzelle ist am Donnerstag der Generalkonflikt aller organisierten Seeleute proklamiert worden.

Die hohen Schweinefleischpreise im Einzelverkauf brachten, wie der „Voss. Zig.“ gemeldet wird, in der Stadtbezirksordnungsverwaltung zu Hagen der erste Bürgermeister Cuno am Mittwoch zur Sprache. Nach eingehender Erörterung wurde beschlossen, die Angelegenheit der Schlachthofkommission zu überweisen. Diese soll mit dem Vorstände der Fleischgewinnung wegen Verabminderung der jetzt bestehenden ungewöhnlich hohen Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen dem Schweinefleisch verhandeln. Weilen die Verhandlungen erfolglos, dann sollen Mittel vorgeschlagen werden, die der minderbemittelten Bevölkerung einen billigen Fleischbezug gewährleisten.

Im Handelsgerichte haben die parlamentarischen Verhandlungen über die Sonntagstrübe in den Kontoren ganz unmittelbar in häufigen Fällen zur Verkürzung der Arbeitszeit geführt, weil man erst durch sie dießhalb darauf aufmerksam wurde, daß seit lange bestehende Einrichtungen sozial nicht einwandfrei waren. So bestritten auch die Jahresversammlung des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Angestellten und ganz allgemein den Achtuhrladen- schluß; viele Geschäfte gehen noch weiter und schließen, wenigstens in den Sommermonaten, bereits um 1/28 Uhr. Ueberhaupt besitzen manche Warenhändler bemerkenswerte soziale Einrichtungen. Nach einer kürzlich angestellten Untersuchung haben 3 dieser kaufmännischen Großbetriebe für ihre Angestellten Fortbildungsschulen gegründet, 8 Betriebe besitzen für ihr Personal besondere Bibliotheken, 75 geben Erholungsurlaub, 32 von ihnen bis zu 14 Tagen, 22 bis zu 3 Wochen und länger. Manche Betriebe geben für die Ferien neben dem fortlaufenden Gehalt noch eine besondere Gratifikation, andere haben Erholungsheime, Kranken- und Unterstüßungskassen aller Art usw.

Das sind die schönen Seiten der großen Geschäfte, denen aber auch die Schattenseiten nicht fehlen.

Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken im Regierungsbezirk Dettel. Auf Grund des § 159a der Gewerbeordnung hat der Bundesrat gestattet, daß Arbeiterinnen auf den Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken im Regierungsbezirk Dettel

auch weiterhin unter den Bedingungen vom 20. März 1902 beschäftigt werden dürfen. Die Beschäftigung darf aber nicht vor 5 Uhr morgens beginnen. Die Frist für die neue Erlaubnis endet am 1. April 1912.

Bebel wird militärfeindlich! „Die Jünte“, so hat er früher schon einmal im Reichstage erklärt, „werde auch er noch auf den Buckel nehmen, wenn Deutschland von einer fremden Macht angegriffen werde“. Jetzt hat er den Leubungen der Feldartillerie in Jüterbog beigewohnt und im Kasino der Feldartillerieschule am Frühstück teilgenommen. Aus beteiligten Offizierskreisen wird darüber der „Rheinisch-Westf. Zig.“ geschrieben:

Bekanntlich nahmen auch die Sozialdemokraten an dem Ausfluge der Budgetkommission nach Jüterbog teil und wurden, wie die übrigen Teilnehmer, an einem Frühstück im Kasino der dortigen Schießschule eingeladen. Allgemein fiel Bebel durch seine guten Manieren angenehm auf. Er war zuvorkommend, verbindlich, liebenswürdig. Vor allem zeigte er sich angenehm enttäuscht über die Einfachheit im Kasino-Leben der Offiziere. Die Sache verlief folgendermaßen:

Bebel sitzt neben einem jüngeren Offizier, der zwar weiß, daß der Herr ein Abgeordneter ist, aber keine Ahnung hat, daß gerade Bebel sein Rechenmann ist. Bebel war zweifelnd über das Gesehen, aber das schöne Wetter, wenn es auch etwas heiß war, und über die liebenswürdige Aufforderung zum Frühstück, und ganz besonders über die gute Bewirtung. Es gab nur kaltes Bier: Karbonaden, Frühlingsalat und sonst so ganz einfache Sachen. Da hat sich denn der geprüfte Alte nicht enthalten können, seinem Nachbar seine Bewunderung auszusprechen über die soziale Einfachheit und Bescheidenheit des Offiziers im Offizierskasino: Frühlingsalat, kalte Karbonade usw. Er hätte sich doch ganz anders und, wie er jetzt sieht, kalte Vorstellungen über das Leben der Offiziere gemacht. Diese lebten ja sozial einisch! Als er diese Ansicht nach wiederholtem Zutropfen zu seiner unisparnerien Umgebung wiederholte, sagte der neben ihm sitzende jüngere Offizier zu ihm — er kannte ihn nicht —, indem er dem alten Herrn vertrauensvoll auf die Schulter klopfte: „Ja, sehen Sie mal, Herr Abgeordneter, jetzt haben sich die hier im Kasino (gemeint ist die militärische Kasino-Kommission) noch besonders angefreut — weil die Herren vom Reichstag hier sind — und haben alle möglichen Genüsse aufgezogen, sonst stiegen wir keinen Frühlingsalat zum Frühstück!“

Wir freuen uns, daß es dem alten Revolutionär auf dem Uebungsplatz und im Kasino so gut gefallen hat. Ob es seine Genossen und die Wehringische „Leipzigiger Volkszig.“ aber auch erfreuen wird, ist wohl noch zweifelhaft.

Stich-Duandersche Prinzipienlosigkeit und ähnliche Ueberschriften trägt ein Artikel, der augenblicklich von einem großen Teil „christlicher“ Zeitungen verbreitet wird und der sich speziell mit meiner Person befaßt. Ich soll da im Februar 1905 in Attendorn in einer öffentlichen Gewerkevereinsversammlung erklärt haben: „auch ich sei ein guter Katholik.“

Ich hätte dies sagen müssen, da Attendorn überwiegend katholisch ist.

Ich erkläre hiermit, daß ich noch nie eine solche Erklärung abgegeben habe. In jener Zeit, für welche mir die Neuerung angeschrieben wird, machte man uns mit Vorliebe den Vorwurf, die Gewerkevereine seien rein religiös. Ich habe diesen Vorwurf stets damit zurückgewiesen, daß ich sagte: auch ich bin ein guter Christ und würde jedem, der im Gewerkeverein die Religion der Mitglieder verlegt, energisch die Lüre weisen. Und das wird jeder Kollege auch tun.

Ich habe zu der Zeit überall in Sauerland darüber referiert, aber niemals, auch in den katholischen Gegenden wie Hamm, Beleda, Puppstadt usw. ebensowenig wie in Attendorn, solchen mir in dem Mund gelegten Anspruch gebraucht.

Ferner wird in jenen Artikeln von dem „Herrn Pange-Hannover“ geschrieben, daß er jetzt pldiglich sein gutes evangelisches Herz entzündet hat und sich in den Gdang Arbeiterverein habe aufnehmen lassen.

Der „Vang. Arbeiterverein“ in Hannover besteht knapp ein Jahr, zudem bin ich durch weite Reisen stets in meiner privaten Zeit beschränkt. Auch hat dieser Beitritt nichts mit dem Gewerkeverein zu tun, sondern es ist meine private Sache.

Wenn die Mitglieder des Gewerkevereins in einzelnen Orten von den konfessionellen Arbeitervereinen sich zurückhalten, so sind doch in erster Linie die „christlichen Führer“ schuld, die diese Versammlungen bisher einseitig als Zummelpfad für die „christlichen Gewerkevereine“ benutzten und so stets die Gewerkevereine zu verdrängen suchten.

Ich werde, soviel es mir meine Zeit erlaubt, dahin streben, daß diese Agitation der christlichen Führer unterbleibe. Das Ihnen das nicht recht sein wird, glaube ich gern.

Hannover, 29. Mai 1907.

Heinr. Pange, Bezirksbeamter.
N. B. Alle Gewerkevereinsblätter werden um Abdruck gebeten.

ungen. Die verständige und wirklich arbeiterfreundliche Presse wird meine Hamburger Rede nur billigen können (Sehr richtig! Red. d. „Gewerb.“) Es ist gleich klar hervorgetreten, daß der Bund nicht gegründet wurde im Interesse der Arbeiter, sondern, wie es scheint, nur im Interesse der Schaper und Genossen. Selbst die „Kreuz-Zeitung“ hält die Gründung für bedenklich, und vermutet, daß mit der neuen Bundesgründung bestimmte, den anderen Arbeiterorganisationen fernliegende Ziele verbunden sein sollen.

Ich möchte zunächst die Gründungszeremonie registrieren. Die Sache begann am Sonnabend, 18. Mai, mit einem Frühstück im Fährhaus St. Pauli. Dann folgte eine Hafenrundfahrt mit Besichtigung eines Auswanererschiffes. Meine beiden Freunde und ich waren in der Uebereizung nach Hamburg gekommen, daß es sich um Gründung einer nationalen Arbeiterpartei handeln sollte. Im Fährhaus aber ergriffte uns einer vom Empfangskomitee, er mußte sich vorsetzen, denn er hätte bei dem letzten Schauerkreuzfahrt ein bißchen Streikbrecher gespielt. Nach der Besichtigung des Djeandampfers war Mittagessen im Winterhuder Fährhaus. Das dauerte bis 4 1/2 Uhr. Dann endlich begann die Sitzung, die eröffnet wurde von dem Geschäftsführer des wirtschaftlichen Schaperverbandes Hamburg-Altona, Herrn Generalsekretär Schaper. Herr Schaper machte allgemeine Redensarten. Erst Herr Gustav Emert aus Waldenburg, der früher Bergarbeiter und, wenn ich nicht sehr irre, „Jelidewicht“ organisiert war, listete den Schleier über den Zweck des geplanten Bundes. „In diesem neuen Bund“, so sagte er, „ist es notwendig, daß Streiks, weil sie schädigend auf die Gesamtheit wirken, als Kampfmittel ausgeschlossen sein sollen“. Das ist die gelbe Gewerkschaft, wie sie im Grunde steht!

In der Diskussion wurden jedem Redner nur 5 Minuten Redezeit gewährt. An den Sitzungen, so erklärte Herr Schaper, dürfe überhaupt nicht getüftelt werden, dieselben müßten als unanfechtbar angesehen werden. Als man am Vorstandstische merkte, daß ein großer Teil der Delegierten die Satzungen nicht akzeptieren wollte, heugte man der Kritik dadurch vor, daß man diese überhaupt nicht zu Wort kommen ließ. Der sogenannte „Siebenersauschuß“ sorgte für rechtzeitige Schlußanträge, um eine Auflösung unter den Teilnehmern des Kongresses von vornherein zu verhindern.

Schon um 6 1/2 Uhr, also in der kurzen Zeit von 2 Stunden, war das Rind zur Welt gebracht. Es war aber eine Totgeburt! Bei dem um 8 1/2 Uhr folgenden Festkommers war Herr Schaper wieder der Vorsitzende. Am Sonntag vormittag wurden die Rauschhale und das Rathaus besichtigt und um 12 Uhr wurde dann verhandelt über „die Stellung zu den nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften“. Als Referent war der Schiffsjunkermeister Bruner-Rosch genannt. Es sprach aber nicht dieser, sondern wieder Herr Emert-Waldenburg. Bruner-Rosch erklärte mir, er sei von dem Referat zurückgetreten, da er es nicht mit seiner Arbeitertehre im Einklang bringen könne, das Referat zu halten, nachdem er gesehen habe, welchen Weg der Bund einschläge.

Emert hätte seine Ausführungen auf Vorklären. Ich will daraus folgende Stellen mitteilen:

... Nach den Erfahrungen, namentlich in letzter Zeit, erachtet der Bund die leichtfertigen Arbeitseinstellungen für ebenso verwerflich wie das gesamte Wirtschaftliche schädigend. Der Bund wird deshalb die gesamte soziale Bewegung der Arbeiterbewegung, bei den von der Sozialdemokratie angelegten Ausnahmen mitzuzählen, nicht mitmachen, im Gegenteil wird er auf die Bestrebungen, sie einzumischen suchen, daß der gesunden Streikluft Abbruch getan wird.

Als obersten Grundsatz verfolgt der Bund das Ziel, neben der Wahrung und energischen Vertretung der Arbeiterinteressen, auch das Wohl der Gesamtheit zu berücksichtigen und darnach zu handeln, national gefasste, dem Bund nicht angehörende Arbeitervereine und Organisationen nicht zu bekämpfen, als einziges Moment zwischen Arbeitgeber und -nehmer die Gesamtheit der Interessen aller zu betonen und das nationale Empfinden unseres Volkes, vornehmlich zu stärken.

Als erster nimmt wieder Herr Schaper das Wort. Die folgenden Redner bemängeln die Thesen, als dies den Gründern unangenehm wurde, trat wieder der Siebenersauschuß in Aktion und beantragte den Schluß der Debatte. Ich verlangte das Wort zur Geschäftsordnung. Darauf wurde mir und noch einem anderen Redner das Wort gestattet, alle übrigen aber wurden mundtot gemacht. Ein anderer Kieler Delegierter, namens Ritter, der sich schriftlich zweimal vergeblich zum Wort gemeldet hatte, verließ empört den Saal. In meiner Rede setzte ich auseinander, daß die Satzungen des Bundes und die Ausführungen der Herren Schaper-Hamburg und Emert-Waldenburg deutlich erkennen ließen, daß der Bund nur den Zweck heiligt, bei Streiks eine Lähmung zu entfalten, die nicht gerade zum Nutzen der Arbeiter angesehen werden könne. Der Bund müsse eine politische Organisation sein. Die Stellung zu der praktischen Arbeiterbewegung für die Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse müsse man den auf nationalem Boden

stehenden Arbeiterberufsvereinen überlassen. Die Arbeiterberufsvereine, wie z. B. die Deutschen Gewerkschaften, hätten die Aufgabe, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Wenn der neue Bund seine Aufgaben dahin auffasse, den Arbeiterberufsvereinen bei Lohnkämpfen in den Rücken zu fallen, dann würden sich alle auf Arbeitertehre haltenden Männer von dem Bunde zurückziehen. Vom Standpunkte der Arbeiter müsse die Verbindung der Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften energisch bekämpft werden. Aber auch die gelben Gewerkschaften von Streikbrechern müßten in gleicher Weise scharf zurückgewiesen werden. Da wurde ich unterbrochen und man warf mir vor, ich sei „unter falscher Flagge“ eingedrungen. Herr Emert-Waldenburg beantragte scheinmüßig meinen Ausschluß von der Sitzung. Dagegen erhoben zahlreiche Delegierte lebhaften Protest. Das fuhr Herr Emert darauf in die Höhe, daß er es ganz vergaß, über den Ausschlußantrag abstimmen zu lassen.

Ich nahm noch einmal das Wort, um zu erklären, daß ich nicht als Gewerksvereiner zum Kongreß gekommen, sondern delegiert sei vom politischen nationalen Verein aus Kiel, der mir die Weisung mit auf den Weg gegeben habe, daß die Kieler nicht mitmachen, wenn der Bund nicht ein politischer, zu nationalen Zwecken, sondern eine Streikbrecherorganisation werden sollte. An einer Abstimmung habe ich mich daher auch nicht beteiligt.

Die Stimmung eines Teils der Arbeiter auf dem Kongreß hat mir gezeigt, daß es noch eine große Anzahl denkender Arbeiter gibt, die es zwar ablehnen, dem Dogma der Sozialdemokratie zu huldigen, die aber ebensovienig daran denken, ihre Arbeitertehre zu verlaufen.

Was der Herr Emert für eine Persönlichkeit ist, das geht auch daraus hervor, daß er aus dem Arbeiterkongressverein zu Gierfeld ausgeschlossen wurde, weil er die Kaufleute für sich zu schröpfen versuchte. Auf die „Schaperet“ werden sich, davon bin ich überzeugt, die Gewerksvereiner nicht einlassen. Diese sogenannten nationalen Arbeitervereine und ihr Bund sind nun in ihrem Wesen richtig erkannt worden.

Die Presse und der Verbandstag.

Soweit wie wir bisher übersehen konnten, hat die gesamte deutsche Presse Berichte über den Verbandstag gebracht. Dem Verbandstage wohnten Vertreter zweier großer Pressebüros bei, die ausführlich berichteten. Außerdem gab auch das Bureau des Verbandstages einen Bericht heraus. Von diesen drei Stellen aus gingen die Berichte insgesamt an ca. 700 deutsche und ausländische Zeitungen. Mehrere große deutsche und ausländische Zeitungen brachten ausführliche Telegramme über den Verbandstag.

Jetzt nach Beendigung der Verhandlungen begannen die Zeitungen das Resultat des Verbandstages zu besprechen. Als erste auf dem Plan erschien die „Königsberger Postzeitung“, die folgenden Leitartikel veröffentlicht:

„Der Verbandstag der Christ-Deutschen Gewerksvereine hat durch die Wahl des Abgeordneten Karl Goldschmidt zum Vorsitzenden des Verbandes den festen Entschluß bekundet, im Geiste von Dr. Max Stirner weiter zu arbeiten. Der Wahl des bisherigen verdienstvollen Leiters des Verbandesorgans zum Vorsitzenden ist deshalb eine programmatische Bedeutung beizumessen. Der Verbandstag hat aber seine Absicht, an den alten Traditionen festzuhalten, auch noch durch die Annahme eines neuen Programms offenbart.“

Dies neue Programm zieht eine scharfe Grenzlinie zwischen den Gewerksvereinen und der Sozialdemokratie durch die Erklärung: „Die Gewerksvereine stehen auf nationalem Boden; sie erwarten daher die Befreiung der Arbeiterverhältnisse nicht von einer internationalen Verbrüderung.“ Diese Abgabe gegenüber der sozialdemokratischen Partei ist nicht gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die Aufnahme von Sozialdemokraten als Mitglieder der Gewerksvereine. Darum betont das neue Programm ausdrücklich: „Die Gewerksvereine sollen ... alle Arbeiter ohne Unterschied des parteipolitischen und religiösen Bekenntnisses umfassen.“ Ebensovienig wie die Gewerksvereine sich aber zur Sozialdemokratie bekennen, wollen sie sich irgend einer bürgerlichen politischen Partei mit Haut und Haaren verschreiben. Sie sind, wie es in dem neuen Programm heißt, „religiös neutral und parteipolitisch unabhängig“, sie wollen aber in demokratischen Sinne wirken. Das geht aus der Versicherung hervor: „Die grundgebende Richtung der Gewerksvereine ist eine vollständig-freiheitliche.“ Von der Sozialdemokratie erheben sich die Gewerksvereine auch in der Beurteilung der Frauenfrage. Das sozialdemokratische Parteiprogramm fordert die politische Gleichberechtigung der Frauen. Das neue Programm der Gewerksvereine aber spricht nur von der „sozialen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Geschlechter.“ Die Gewerksvereine wollen keine Klassenpartei sein, sie gehen vielmehr in ihrem neuen Programm von dem Grundgedanken aus, daß die Sicherung des kulturellen Fortschritts der breiten Bevölkerungsmasse und ihre ethische Erziehung Aufgabe aller wahren Volks-

freunde ist, allerdings „in erster Linie der Arbeiterschaft selbst.“ Die Gewerksvereine erstreben denn auch die Festigung der Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifverträgen „unter gleichberechtigter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.“ Ihren grundsätzlichen Gegensatz zur Sozialdemokratie betonen die Gewerksvereine schließlich auch durch das Bekenntnis, daß sie zwar von der Gesetzgebung die Erfüllung einer Reihe von Forderungen erwarten, daneben aber auf die Durchführung ihrer Aufgaben auf dem Wege der Selbsthilfe nicht verzichten wollen.

Das sind Grundsätze, welche den freisinnigen Parteien wie allen freisinnigen Arbeitgebern die Förderung der Bestrebungen der Gewerksvereine erröten. Auch die Forderungen, welche das neue Programm der Gewerksvereine an die Gesetzgebung stellt, können durchweg von den bürgerlichen Parteien der Linken mit Energie unterstützt werden. Sie zielen auf „umfassende Sicherung des allgemeinen Arbeiterschutzes in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung, Erweiterung der Fürsorge, insbesondere für kranke, alte und invalide Arbeiter, Beseitigung aller Gesetze, die die Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft hemmen, sowie ausgebreitete Einwirkung auf bessere geistige und sittliche Erziehung des Volkes.“

Alle diese Forderungen muß ein freisinniger Mann mit vollem Nachdruck unterstützen. Denn sie bewegen sich durchaus in der Richtung der gemeinsamen Bestrebungen aller freisinnigen Parteien. Wenn die Gewerksvereine auf Grund dieses neuen Programms unter voller Wahrung ihrer Selbstständigkeit weiter arbeiten, dann wird ihnen der Erfolg nicht verjagt bleiben. Sie dürfen der Unterstützung des bürgerlichen Liberalismus sicher sein und mit Zuversicht erwarten, daß sie auch aus dem Lager der Sozialdemokratie Anhänger gewinnen, die nicht bloß Mitläufer sein wollen, sondern selbstständig zu urteilen befähigt sind. In diesem Sinne wünschen wir den Gewerksvereinen eine recht gedeihliche Weiterentwicklung zum Wohle der Arbeiterschaft, wie des gesamten Volkes.“

Wir bitten unsere Leser die Presse zu beachten und uns diejenigen Nummern einzulassen zu wollen, die sich kritisch zum Verbandstage äußern, gleichviel ob zustimmend oder ablehnend. Es ist für unsere Sache von großer Wichtigkeit zu erfahren, wie sich die Zeitungen der verschiedenen Richtungen zu den Beschlüssen des Verbandstages stellen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 31. Mai 1907.

Wieder muß einer zu Krause kriechen und Mühte leiden. Im Jahresbericht des gewerkschaftlichen Magdeburger Arbeitersekretariats war unter „Vorbewegungen“ eine große Verleumdung unserer Magdeburger Gewerksvereiner und ihrer Führer zum Ausdruck gekommen. Als man dem Verfasser auf die Finger klopfte und den Beweis für die uns vorgeworfene „Verdreherei“ verlangte, da blieb ihm nichts anderes übrig, als anzuerkennen, daß er unwahre Behauptungen aufgestellt hatte. Die sozialdemokratische „Magdeburger Volksstimme“ vom 26. Mai 07 enthält nachstehende

„Erklärung.“

Die gegen den Verbandstagsreferat der Gewerksvereine, Herrn Rittner, im 4. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und der Gewerkschaften Magdeburg vom Jahre 1906 aufgestellten Behauptungen nehmen ich als unbegründet zurück, weil dieselben nach den mir inzwischen gewordenen Informationen sich als unrichtig erwiesen haben. Ebenso erkläre ich die daran geknüpften Schlussfolgerungen als haltlos.

Magdeburg, dem 24. Mai 1907.

Friedrich Bernick, Arbeitersekretär.

Vielleicht erlenen die Arbeiter daran, was von den sozialdemokratischen Verleumdungen überhaupt zu halten ist. Faßt man die Verleumdung fest beim Schopfe, dann müssen sie in jedem Falle bekennen, daß sie gestunken haben.

Der deutsche Protestantentag, über den wir bereits berichteten, hat in seiner Schlußsitzung eine energische Abgabe an die christlichen Gewerkschaften gerichtet und den Anschluß an die Gewerksvereine empfohlen, die sich grundsätzlich auf die Vertretung ihrer Ständesinteressen beschränken. Er erklärte sich gegen jede Bestrebung, die sozialen Ständesverrichtungen der arbeitenden Klassen, kirchenpolitisch anzunähern.

Das ist deutlich!

Auf eine Anfrage, ob Streikunterstützungen ein-kommenssteuerpflichtig sind, hat nach der „Bittauer Morgenpost“ das sächsische Finanzministerium entschieden, daß die Steuerpflichtigkeit der aus einer Verbandskasse an Ausschüsse gewährten Unterstützungen nach § 19 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes zu beurteilen ist. Dieser Bestimmung zufolge